Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 23

Buchbesprechung: Das neue SOI-Buch : Prag 1968 - Dokumente

Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das neue SOI-Buch:

Prag 1968 — Dokumente

Wer das tschechoslowakische Geschehen von 1968 verstehen und beurteilen will, hat beispielsweise gegenüber der Bewertung der ungarischen Revolution von 1956 einen sehr beachtlichen objektiven Vorteil: Es gibt hierzu ein schier unermessliches Quellen- und Belegmaterial, und es geht nur noch darum, es zugänglich zu machen. Das tut mit seiner Auswahl der neue SOI-Dokumentarband *, der in der Schriftenreihe «Tatsachen und Meinungen» erschienen ist.

Das hier präsentierte «Rohmaterial» umfasst 93 ganz oder auszugsweise wiedergegebene Dokumente (wobei 21 Presse- oder Radiozitate unter dem Stichwort «Einige Pressestimmen der osteuropäischen Staaten...» zusammengefasst sind). Die Schriftstücke sind aus sich heraus einem gut durchschnittlichen Zeitungsleser verständlich, aber die ergänzende geschichtliche Einbettung und Interpretation findet sich im folgenden Band der Schriftenreihe «Prag 1968 — Analyse», der in der nächsten KB-Nummer vorgestellt wird. Auch dieser ist übrigens gleichzeitig eine Leseeinheit für sich.

Was Prag zum Testfall machte ...

Bei einer Dokumentensammlung stellt sich natürlich die Frage nach der Auswahl, und bei diesem Thema erst recht, weil ja die echte Fülle des Materials die Wahl tatsächlich schwer macht. Die Vielfalt der unterschiedlichen und artikulierten Stimmen machte ja recht eigentlich das Wunder des «Prager Frühlings» aus.

Das Kriterium der Auswahl ist die politische Relevanz der hier publizierten Beiträge zu den Hauptmotiven des spezifischen «Prager Weges» und zu seinen namentlich ausländischen Gegenkräften, die schliesslich «siegreich» blieben. Es geht um alle die Dinge, die Prag zu einem Testfall par excellence werden liessen: Test für die Demokratie in einem kommunistischen Staat, Test für die Lebensfähigkeit des Polyzentrismus im sowjetischen Machtbereich, Test auch für den Westen mit allen seinen Rechten und allen seinen Linken. Zu einem beweiskräftigen Resultat gediehen diese Dinge indessen nicht, weil in der schlichtesten Frage die schlüssige Antwort zu früh erfolgte: im Test für die Sowjetunion. Es geht in diesem Band um die Abrechnung mit der Vergangenheit, um die Meinungsfreiheit, um die führende Rolle der Partei und die Frage nach einer Opposition, um die probeweise angedeutete Definition der «sozialistischen Demokratie» und die praktisch schon erheblich weiter gehenden Schritte zu ihrer Verwirklichung, kurz um alles, was in einem kommunistischen Land präzedenzlos und neu war.

... und was nicht

Die Vielfalt des Stoffes zu diesen Motiven politischer Faszination ist so gross, dass dafür ganze Fragenkomplexe nicht aufgenommen wurden, die nach dem Januar ebenfalls in einem neuen Licht erschienen, aber eben nur dank der neuen politischen Betrachtungsweise, die uns wesentlich ist. Zu denken ist da vor allem an das Verhältnis zwischen den Tschechen und Slowaken oder an die Einordnung der nationalen Minderheiten. Diese Dinge sind zwar ausgesprochen wichtig, aber sie sind für den «Januarkurs» nicht symptomatisch. Probleme und Lösungsversuche dieser Art hat es anderswo schon gegeben und wird es auch anderswo wieder geben, ohne dass hierzu auch nur im entferntesten ein so tiefgreifender Umbruchcharakter vonnöten wäre, wie ihn das Jahr 1968 in der CSSR aufgewiesen hat. Natürlich brachte die neue Politik auch neue Elemente bezüglich der beiden Nationen (Tschechen und Slowaken) und der vier Nationalitäten (Ungarn, Polen, Ukrainer und Deutsche), aber das sind just nicht die Dinge, die Prag zum Testfall für die Welt und ihren verschiedenen gesellschaftlichen Systemen machten. Oder hätten machen können, wie man mittlerweile leider sagen muss.

Ziel, Inhalt und Bedeutung des Weges

Auch wenn man sich «nur» auf die entscheidenden Aspekte dessen beschränkt, was politisch wirklich neu war und dementsprechend zu einer unausweichlichen Auseinandersetzung mit den «alten» Kräften führen musste (die nichtsdestoweniger im Kommen sind), hat man ja mit der Sichtung der Ereignisse reichlich zu tun. Was auch der Herausgeber betont, wenn er in seiner Einleitung bemerkt:

Noch selten waren wir einer solchen Flut von Informationen und Kommentaren ausgesetzt. Und ebenso selten wurden die Motive und Tatsachen derart verschieden ausgelegt und bewertet wie die des sowjetischen Gewaltaktes gegen die Tschechoslowakei.

Deshalb erscheint es uns wichtig, die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die Originaldokumente zu lenken. Nur sie können unseres Erachtens die grundlegenden Fragen nach Ziel, Inhalt und Bedeutung des Weges beantworten, den einzuschlagen Moskau dem tschechoslowakischen Volk verweigerte.

Unsere Zusammenstellung stützt sich mit einer einzigen Ausnahme auf osteuropäische Quellen. In diesem Band kommen die Tschechoslowaken wie auch ihre Widersacher in den orthodoxen Warschauer-Pakt-Staaten zum Wort (übrigens auch die Jugoslawen und Rumänen). Hier sprechen neben den Vertretern der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei auch die Parteilosen, die immerhin 90 Prozent der Bevölkerung repräsentieren. Wir vernehmen die Stimmen von Politikern, Schriftstellern, Philosophen, Oekonomen und anderen Intellektuellen, die uns das vergegenwärtigen, was in der CSSR zu entstehen im Begriff war. Das Quellenstudium ist die Voraussetzung zu einem fundierten Urteil. Es zu erleichtern, ist Sinn und Zweck des vorliegenden Bandes.

Auch wenn es ein erklärter Hauptzweck des Buches ist, die vielen Stimmen aus der Tschechoslowakei aufklingen zu lassen, gibt es natürlich einige Dokumente von zentraler Bedeutung, die in jeder Sammlung dieser Art die Rolle von sozusagen unerlässlichen Markierungen einnehmen müssten (unseres Wissens sind sie erstmals hier beieinander). Dazu zählt paradoxerweise schon die Rede Ludvik Vaculiks auf dem Schriftstellerkongress vom Juni 1967. Ihr gebührt trotz ihrer Datierung tatsächlich ein vorrangiger Platz gerade in einem Werk, das sich «Prag 1968» nennt, denn hierher gehört sie nicht nur ihrem Geist nach, sondern auch als auslösender Faktor (was im Analysenband nachgezeichnet wird).

Das Aktionsprogramm mit seinem Dilemma

Ganz anderer Art ist das Aktionsprogramm der KP vom April 1968. Hier wurden die Möglichkeiten und die Grenzen für den Januarkurs in einer parteioffiziellen Verlautbarung wenn schon nicht abgesteckt, so doch umrissen. Wir hatten daraus seinerzeit im KB (Nr. 9) den Abschnitt über die führende Rolle der Partei und Zusammenfassungen über die Beurteilung der Wirtschaft veröffentlicht. Wer sich weder von der Länge noch vom amtlichen Tonfall des gesamten Textes abschrecken lässt, wird darauf kommen, dass sich die Lektüre lohnt. Die Abrechnung mit der Vergangenheit (fatalerweise gleichzeitig die Gegenwart der anderen kommunistischen Länder) ist trotz der unspektakulären Ausdrucksweise enorm, eine praktische Quelle zur Widerlegung jener, welche die «parteifeindliche Linie konterrevolutionärer Elemente» in Gegensatz zur «an sich korrekten Parteilinie» bringen wollen.

Viel unbestimmter und vager ist hingegen das Aktionsprogramm trotz seines Namens in der Bestimmung der Zukunft. Hier werden Freihei-

* «Prag 1968 — Dokumente». Eingeleitet und zusammengestellt von Michael Csizmas. Verlag Schweizerisches Ost-Institut, Bern 1968, 294 Seiten, Fr. 11.10. Schriftenreihe «Tatsachen und Meinungen», Band 5.

ten im Rahmen von Definitionen versprochen, die bisher der Einschränkung von Freiheiten dienten, und man weiss nie so recht, wieweit der alte Begriff und wieweit der neue Inhalt gelten soll. Aber gerade das dürfte nicht einfach ein akzidentelles, sondern vielmehr ein symptomatisches Merkmal sein. Man sieht, dass eine Gesellschaft, die sich faktisch auf den Weg zur Demokratie begibt, mit ihrem kommunistischen Selbstverständnis Mühe hat. In Wirklichkeit besteht, was immer man in bester Absicht dazu gesagt hat, ein Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und (kommunistisch verstandenem) Sozialismus, und der Ausdruck «sozialistische Demokratie» (diesem Axiom ist ein eigenes Kapitel des Aktionsprogramms gewidmet) schafft hier nur scheinbar eine natürliche Harmonie. Es kommt, wenn man darüber nachdenkt, nicht aufs gleiche heraus, ob sich die Demokratie an die Regeln des Sozialismus oder der Sozialismus an die Regeln der Demokratie halten muss. Die Prager Führung tendierte von der ersten Auffassung weg gegen die zweite hin und musste erleben, dass das nicht geduldet wurde. Ueberhaupt ist es kein Zufall, dass die Sowjets und ihre Satelliten immer auf die «richtige» Anwendung der kommunistischen Terminologie drängten, weil sie im Grunde genommen sehr klar erkannten, dass die Prager Auffassung etwa des «demokratischen Sozialismus» ganz einfach von dem wegführte, was weltweit unter Kommunismus verstanden wurde und wird.

Symptomatisch ist das Aktionsprogramm auch für etwas, was 1968 die ganze Tschechoslowakei kennzeichnete: die Definition des Sozialismus vom Negativen her. Man hatte eine recht klare Vorstellung davon, was der Sozialismus nicht mehr sein sollte, aber man war sich viel weniger darüber einig, was er denn werden sollte.

Zum Thema der Opposition

Trotz seiner etwas früheren Datierung kann man den Artikel von Vaclav Havel «Zum Thema der Opposition» (siehe KB, Nr. 9) sozusagen als eine Antwort auf das Aktionsprogramm mit seiner etwas unbehaglichen Bestätigung des Parteimonopols betrachten. Die Meinung, dass zu jedem, also auch zum besten und sogar zum kommunistischen System eine politische Opposition mit der Möglichkeit einer Machtablösung bestehen müsse, gehörte zu den grossen Diskussionsthemen des «Prager Frühlings», und der Versuch zur Wiedererschaffung der Sozialdemokratischen Partei (von der KP abgelehnt, aber von den Befürwortern bis zum 21. August nicht aufgegeben) war die praktische Konsequenz davon. Havel stand mit seinem Grundsatzartikel bei weitem nicht allein, aber die Güte seiner Argumentation, die auch dem (allzu) demokratiegewohnten westlichen Leser eine Fülle von Anregungen bietet, hebt seinen Beitrag zu manifestartiger Wirkung empor, die in der CSSR jener Tage auch äusserst nachhaltig war.

Kleine westliche Nutzanwendung aus den «Zweitausend Worten»

Zum explosiven Manifest aber wurde im In- und Ausland Vaculiks Aufruf der «Zweitausend Worte», der im Dokumentenband samt etlichen Reaktionen aufgenommen wurde, darunter auch mit der eigentlich sehr versöhnlich gehaltenen Ablehnung durch die «Eintausend Worte» von Parlamentspräsident Smrkovsky. Im Lande selbst führte der vielfach unterzeichnete Aufruf zu einem verstärkten Schulterschluss der «progressiven» Kräfte und im brüderlichen Ausland zu erneuten Höhen der Polemik. Wir wollen uns hier aber doch mit einer Stelle befassen, die eine Antwort auf die auch hierzulande häufig gehörte Meinung darstellt, der «Prager Frühling» sei schliesslich ein kommunistisches Verdienst gewesen und stelle eine Errungenschaft der Partei dar, also geradezu eine Widerlegung nichtkommunistischer oder gar — horreur des horreurs — antikommunistischer Auffassungen. Vaculik, der Kommunist, schreibt:

Die Verhältnisse in der Kommunistischen Partei waren das Modell und die Ursache der gleichen Verhältnisse im Staat. Ihre Verbindung mit dem Staat führte dazu, dass sie den Vorteil des Abstandes von der ausübenden Macht einbüsste. Die Tätigkeit des Staates und der Wirtschaftsorganisationen unterlagen keiner Kritik. Das Parlament verlernte zu beraten, die Regierung zu regieren und die Direktoren zu leiten. Die Wahlen hatten keine Bedeutung, die Gesetze verloren ihr Gewicht. Wir konnten unsern Vertretern in keinem Ausschuss vertrauen, und wenn wir es konnten, liess sich von ihnen wiederum nichts verlangen, weil sie nichts erreichen konnten. Noch schlimmer war jedoch, dass wir einander beinahe nicht mehr vertrauen konnten. Die persönliche und kollektive Ehre verfiel ... Die Beziehungen zwischen den Menschen verkamen, die Freude an der Arbeit verflüchtigte sich; kurzum, über die Nation brachen Zeiten herein, die ihre seelische Gesundheit und ihren Charakter gefährdeten.

Für den heutigen Zustand sind wir alle verantwortlich, mehr jedoch die Kommunisten unter uns ...

Seit Beginn dieses Jahres befinden wir uns im Erneuerungsprozess der Demokratisierung. Er hat in der Kommunistischen Partei begonnen. Wir müssen das sagen, und das wissen auch die Nichtkommunisten unter uns, die von dort nichts Gutes mehr erwartet hatten.

Ergänzen muss man allerdings, dass dieser Prozess auch nirgend anderswo beginnen konnte. Konnten doch nur die Kommunisten volle zwanzig Jahre lang eine Art politisches Leben führen, war doch nur die kommunistische Kritik dort, wo die Dinge gemacht wurden, hatte doch nur die Opposition innerhalb der Kommunistischen Partei das Vorrecht, mit dem Gegner in Fühlung zu stehen.

Darum sind die Initiative und die Bemühungen der demokratischen Kommunisten nur eine Abzahlung auf die Schuld, welche die gesamte Partei gegenüber den Nichtkommunisten trägt, die sie in einer keineswegs gleichberechtigten Stellung erhalten hat.

Der Kommunistischen Partei gebührt somit kein Dank. Zugestanden muss ihr vielleicht werden, dass sie sich ehrlich bemüht, die letzte Gelegenheit wahrzunehmen, um ihre Ehre und die Ehre der Nation zu retten. Der Erneuerungsprozess kommt mit nichts, was allzu neu wäre. Er bringt Gedanken und Themen, deren viele älter sind als die Irrtümer unseres Sozialismus und andere unter der Oberfläche der sichtbaren Geschehnisse entstanden; die längst hätten ausgesprochen werden sollen, aber unterdrückt wurden ...

Dubcek im Mai.

All jenen, welche in Publizistik und Diskussionszirkeln die mehr oder weniger nett formulierte Ansicht vertreten, Nichtsympathisanten mit dem kommunistisch verstandenen Sozialismus hätten bezüglich des Prager Weges gefälligst das Maul zu halten, sei in aller Demut mit den Worten dieses Kommunisten geantwortet. Sie wurden übrigens von Zehntausenden von andern Kommunisten unterschriftlich unterstützt. Von Kommunisten, notabene, die wussten, wovon die Rede war, was auch so ein Unterschied zu den lieben «Progressiven» hier herum ist. Die wissen es nämlich bloss besser.

(Uebrigens, was sagt ihr zur folgenden Argumentation: Es ist ausschliesslich das Recht der Aristokraten, Sympathie mit dem seinerzeitigen Befreiungskampf der Niederlande gegen die Spanier zu empfinden, weil er nachweislich von der feudalen Schicht geführt wurde. Nicht sehr links,

(Fortsetzung auf Seite 6)

Die Restalinisierung in der Sowjetunion

Von Michael Csizmas

Die Aggression der Sowjetunion gegen die Tschechoslowakei ist zweifellos eines der augenfälligsten Zeichen einer tiefgehenden Wandlung in der Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Der Wandel selbst ist weder überraschend noch neu. Er ist das Ergebnis einer längeren Entwicklung, die bereits seit dem Sturz Chruschtschews im Oktober 1964 anhält und ihren Höhepunkt schliesslich auf dem letzten April-Plenum der KPdSU erreichte.

Das April-Plenum konzentrierte das Feuer der Parteipropaganda auf die Gefahren vielerlei Art, die heute in der kommunistischen Weltbewegung, aber besonders in den verbündeten volksdemokratischen Staaten den Sozialismus sowjetischen Modells bedrohen. Wenn man nämlich heute die Situation in Osteuropa beschreiben wollte, dann müsste man die Worte des Kommunistischen Manifests in gewisser Umwandlung zitieren: Ein Gespenst geht um in Osteuropa, das Gespenst der Demokratie... Die neue Gefahr wurde im Kreml auf den altbekannten Namen «Revisionismus» getauft, den man einfach als Verbündeten und Wegbereiter des Imperialismus definiert. Wie es im Politischen Wörterbuch steht: «Der moderne Revisionismus versucht die Einheit der kommunistischen Weltbewegung zu untergraben und bestreitet die Gesetzmässigkeit der sozialistischen Revolution, der Diktatur des Proletariats und der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.»

Zu Revisionisten wurden im letzten Jahrzehnt u. a. zwei kommunistische Politiker gestempelt: der ungarische Ministerpräsident Imre Nagy, der schliesslich für seine Abweichung mit dem Leben zahlen musste, und der sowjetische Parteichef Chruschtschew, der abgesetzt wurde. Der neu entfachte Kampf betraf bald auch die Beziehungen der Sowjetunion zu den osteuropäischen Staaten. Diese «Bruderstaaten», die seit dem Tode Stalins anderthalb Jahrzehnte lang mit allen möglichen Mitteln versucht hatten, in den ureigensten Angelegenheiten ihres Landes eigenständig und unabhängig zu entscheiden, sahen sich plötzlich schwersten Drohungen gegenüber. Die gewaltsame Besetzung der Tschechoslowakei, die Truppenkonzentrationen an der rumänischen Grenze und die Drohungen gegen Jugoslawien gaben schliesslich einen Geschmack davon, wie der Kreml diese Staaten in den Satellitenstand zurückführen und von der Notwendigkeit engster Zusammenarbeit auf allen Gebieten überzeugen will.

Ein weiteres beredtes Zeugnis für die Wandlung in der sowjetischen Politik ist die neue Doktrin von der beschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten, womit die Massnahmen gegen eventuelle Abtrünnige legalisiert werden sollen.

Die Gewaltanwendung gegen die Tschechoslowakei hat trotz aller ideologischer Rechtfertigungsversuche böses Blut gemacht. Sowohl in der Sowjetunion als auch in den Satellitenstaaten mussten Intellektuelle und Studenten verhaftet und eingekerkert werden. Dieser Schritt der orthodoxen Warschauer-Pakt-Staaten hat die zwischenstaatlichen Beziehungen erschüttert und auch die eigene innere Entwicklung dieser Staaten zurückgeworfen. Die Gründe der gewaltsamen Intervention sind zwar nicht leicht aufzuzählen, aber es handelt sich hier bestimmt nicht um die Verschwörung einer Handvoll konservativer Politiker, um die falsche Einschätzung der internationalen Lage oder um einen taktischen Fehlgriff, wie das einige Kommentatoren erklären wollen.

Wir führen diese Entscheidung eher auf die jahrelange Entwicklung der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Verhältnisse der Sowjetunion zurück.

Stalins zweiter Tod — der 20. Kongress der KPdSU

Mit dem 20. Parteikongress wurde in der Sowjetunion die Entstalinisierung eingeleitet. Chruschtschew nannte, zwar dosiert, aber doch immerhin deutlich genug, Stalin einen Verbrecher und Henker unzähliger Kommunisten. Nur 20 000 sorgfältig ausgewählte Funktionäre bekamen seine in der Sowjetunion niemals veröffentlichte Rede offiziell zu lesen. Man glaubte damals in der ganzen Welt, dass der Stalinismus endgültig zum Gestern gehörte und der Reformkurs die Beseitigung aller diskriminierenden Eigenschaften dieses Systems ermöglichte.

Fünf Jahre später trat der 22. Parteikongress der KPdSU zusammen. Er stellte fest, dass sich die Fehler des Stalinismus trotz aller Parteibeschlüsse und Kampagnen noch immer hartnäckig behaupteten. Man begann wieder den Demokratisierungsprozess anzukurbeln, um eine tiefgreifende Wandlung im ganzen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben des Landes zu erreichen. Die moderne Sowjetunion, so dachte man sich, könne mit einem mittelalterlichen kulturellen und gesellschaftlichen System nicht mehr weiterexistieren.

Doch traten auch nach den Reformkongressen der KPdSU in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens immer wieder schwerwiegende Rückschläge auf. «Nur nicht verzweifeln», sagten sich die Optimisten. «Die Geschichte ist doch nichts anderes als der Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion.» Aber allzuoft musste auch in diesen Jahren der Fortschritt in der Sowjetunion den Rückzug antreten und offensichtlich reaktionären Kräften den Platz überlassen. Denken wir nur an die gewaltige Intervention in Ungarn oder an die niederträchtige Hetze gegen den Dichter Pasternak, der schliesslich die Uebernahme des Nobel-Preises ablehnen musste. Die dogmatischen und erzkonservativen Kräfte hatten nicht nur in vielen Gebieten des Gesellschaftslebens erfolgreich Widerstand geleistet, sondern konnten sogar ihre Positionen festigen.

Der Kampf gegen diese Kräfte ging noch auf dem 22. Parteitag weiter. Man entlarvte nochmals die stalinistischen Mythen über die sozialistische Gesellschaft, beschloss eine weitere Demokratisierung, mehr Freiheit in Wort und Gedanken. Partei- und Staatsfunktionäre bekamen zeitweise die Macht der öffentlichen Meinung zu spüren, und man sprach von den verschiedenen Organisationen der Gesellschaft als den wichtigsten Trägern des neuen Volksstaates, der die Diktatur des Proletariats ablösen werde. Der stufenweise Uebergang von der Allmacht des Staates zur kommunistischen Selbstverwaltung galt als neues Leitmotiv.

Doch kamen langsam auch die Grenzen und die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten der Erneuerung zum Vorschein. Die leitende und allein bestimmende Position der Partei, das heisst des Parteiapparates, durfte auch in der neuen Aera nicht angetastet werden. Die etwa 3000 Mitglieder der höchsten Gremien der Sowjetmacht und die Millionenkaste der neuen Klasse liessen weder ihre Position gefährden noch ihren Einfluss vermindern.

Einst waren diese Apparatschiki die ergebenen Diener des stalinschen Systems, heute sind sie eher die Anhänger der verschiedensten Gruppen im Zentralkomitee, die über das Schicksal des Landes entscheiden. Ihre Stellung wurde dadurch nicht wesentlich erschüttert, dass man Stalins Leiche aus dem Mausoleum auf dem Roten Platz entfernte, seine Denkmäler bis auf eines in der Geburtsstadt abbrechen liess oder Stalingrad einen neuen Namen gab.

Auch in der sowjetischen Planwirtschaft schreckte man vor entschiedenen Reformen zurück, als es um das Ganze ging. Chruschtschew hatte tatsächlich unkonventionelle Vorstellungen. Danach sollte der Sowjetkommunismus im Wettbewerb mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem seine Ueberlegenheit beweisen. Die Diskussionen um das «Wie» blieben jedoch auf dem Boden der

---

Prag 1968

(Fortsetzung von Seite 5)

diese Argumentation, und nicht sehr intellektuell, wie? Aber das, hochverehrte geistige Wegweiser der neuen Zeiten, ist haargenau eure Logik, wenn ihr beweist, dass «gewisse Kreise» über Prag nicht mitzureden hätten.

Na, ja

Na ja, zurück zu unseren Dokumenten: Die nächsten wichtigen Texte stehen schon weitgehend unter dem Vorzeichen der äusseren Bedrohung: der Brief der fünf KPs aus Warschau ist eine ebenso scheussliche wie lehrreiche Lektüre. Die Antwort des tschechoslowakischen Parteipräsidiums ist ebenso mutig wie schön und enthält trotz des gefährlich-dringlichen Ultimatums ein rückhaltloses Bekenntnis zur Pressefreiheit. Der Aufruf für «Sozialismus, Bündnis, Souveränität und Freiheit» sowie die Fernsehrede Dubceks am gleichen 26. Juli sind Zeugnisse für die Einheit des Landes vor den Gesprächen in Cierna und Bratislava, deren Communiqués wie eine kalte Dusche wirken. Es bleiben die Dokumente aus der Zeit nach dem 21. August. Sie sind erschütternd. Aber diese Kennzeichnung trifft eigentlich, da man das Ende kennt, für den ganzen Band zu. *Christian Brügger*